

WR/kh

p. B. 25. 60. 12.

15. März 1978

Notiz an Herrn Bundesrat Aubert

Ich habe heute morgen um 11 Uhr den israelischen Botschafter in Bern, Herrn Shimoni, empfangen, der mir im Auftrag seiner Regierung die in Fotokopie beiliegende Note überreichte.

In dieser Note wird, im Anschluss an den PLO-Angriff auf der Strasse Haifa - Tel-Aviv vom 11. März 1978, die schweizerische Regierung aufgefordert, die Zulassung des PLO-Büros in Genf in Wiedererwägung zu ziehen. Die israelische Regierung macht hierfür folgende Gründe geltend:

1. Eine genaue Ueberprüfung des Abkommens zwischen der Schweiz und den Vereinten Nationen ergibt (immer nach israelischer Ansicht), dass für den Bundesrat keine Verpflichtung besteht, das unbeschränkte Wirken permanenter Vertretungen von Organisationen in Genf zu gestatten. Die Verpflichtung beschränkt sich vielmehr auf die Zulassung von Delegierten und Beobachtern zu den Sessionen von UNO-Stellen in Genf.
2. Die PLO-Vertretung in Genf beschränkt sich nicht auf Gegenstände, die mit ihrer Stellung als Beobachter bei den Vereinten Nationen zu tun haben. Sie entfaltet vielmehr eine rege Propagandatätigkeit, die sich an die schweizerische Bevölkerung richtet. Darüber hinaus wirkt sie auch als Verbindungsstelle und Nervenzentrum für die Tätigkeit der PLO in Europa überhaupt, "einschliesslich, wie vorausgesetzt werden muss, die terroristischen Unternehmungen, von denen hier die Rede ist".





- 2 -

3. Es muss geltend gemacht werden, dass eine Organisation, die für abscheuliche ~~und~~ terroristische Akte tätig und verantwortlich ist, sich dadurch in eine Stellung begeben hat, auf die "gewöhnliche Routineerwägungen" nicht mehr anwendbar sind. Das PLO-Büro an einer solchen Tätigkeit zu hindern und es zu schliessen, sollte als Teil des weltumfassenden Kampfes gegen den Terrorismus betrachtet werden.

Aus all diesen Gründen fordert die israelische Note den Chef des Politischen Departements und mit ihm den Bundesrat auf, seine Haltung neu zu überprüfen und die erforderlichen Schritte zu unternehmen, um die Tätigkeit der PLO in der Schweiz zu beenden.

Ich habe dem Botschafter versprochen, Ihnen und dem Bundesrat sofort von der israelischen Note Kenntnis zu geben. Das Politische Departement und der Bundesrat werden die Angelegenheit sorgfältig prüfen und der israelischen Regierung zu gegebener Zeit ihre Antwort erteilen.

Im Sinne einer vorläufigen Stellungnahme und ganz in meinem persönlichen Namen gebe ich dem Botschafter folgendes zu erwägen:

1. Es ist wenig wahrscheinlich, dass das PLO-Büro in Genf bei der Vorbereitung von terroristischen Anschlägen beteiligt ist oder zumindest eine wichtige Rolle dabei spielt. Der Status des Büros ist beschränkt; die Automobile der Mission z.B. unterliegen nicht der diplomatischen Immunität, sondern können von der Polizei jederzeit durchsucht werden.

./.



- 3 -

2. In grundsätzlicher Beziehung: In der Prüfung der israelischen Note wird sich die schweizerische Regierung gewiss und in allererster Linie an die internationale Rolle der Schweiz erinnern, die sie als neutraler Staat, als Sitz vieler internationaler Organisationen und Treffpunkt für wichtige, dem Weltfrieden förderliche Begegnungen, als Erbringer guter Dienste usw. immer gespielt hat. Unsere diplomatischen Beziehungen sind universell und wir unterhalten mit allen Lagern normale und, wenn möglich, gute und vertrauensvolle Beziehungen.

3. Ferner werden wir in der internationalen Welt Umschau ~~daneben~~ halten müssen, um zu erfahren, welche Aufnahme der israelische Vorstoss findet, der, wie Botschafter Shimoni bestätigt, gleichzeitig in vielen anderen Hauptstädten gemacht wird.

A. Weitnauer

Kopie:

- IS, PO, KH